



DER
LEONDINGER

Dialog

Informationen über die Arbeit der Freiheitlichen in unserer Stadt

Dialog # 01 _ 2017

Oktober 2017

Unsere Badesitten

Kammerzwang ade

Erfolgsstory Bim

Österreich verdient Fairness



15. Oktober
Liste 3
Freiheitliche
Partei
Österreichs



Der einzige Weg, Österreich voranzubringen ist, den rot-schwarzen Ballast loszuwerden.

Diese Koalition hat eine Fairness-Krise geschaffen, die wir alle tagtäglich zu spüren bekommen.

Österreich verdient
Fairness .

Nur mit einer
Stimme für
die FPÖ wird
es diese Veränderung geben!

HC Strache und die
Kandidaten der FPÖ (Liste 3)
werden für unser Österreich, für Sie,
Fairness schaffen!



Für ein sportliches,
fares Leonding

Prof. Mag. Michael Täubel

Schon 1999 wollte die FP-Leonding den Bau einer Stock-Halle. SPÖ und ÖVP lehnten Anträge an den Gemeinderat ab. Jetzt, endlich, wurde die Anlage in Rufling in Betrieb genommen. Die Eröffnung war ein „Rot-Auflauf“ (klar: Wahlen kommen). Gern hätte ich, als Sport-Vizebürgermeister den Stock-Schützen viel Freude mit der neuen Anlage gewünscht. Das verhängte Mikrofon-Verbot war einfach kindisch und hatte mit Fairness nichts zu tun.

Acht Stadtmeisterschaften, und viel Sport fanden 2017 statt; den Kürnberglauf sagte der Bürgermeister ab, weil er mit dem neuen Veranstalter nicht klar kam. Jetzt bieten unsere vier Sportvereine wieder viel Sport, Spaß und Bewegung an, und ich werde mich für die notwendigen Stadt-Subventionen stark machen.

Ans Herz lege ich Ihnen in diesem Herbst die drei angekündigten Gesundheitsvorträge und dieses Lachmuskeltraining: Kabarettistin Isabella Woldrich, Dienstag, 28. November, in Doppl.

Ihr

Michael Täubel
Vizebürgermeister



4
FPÖ Kandidat
Linz-Umgebung

Peter Gattringer (33)

Key Account Manager in der Baustoffindustrie; verheiratet und in Leonding zuhause.

2008 - 2010
Ersatzgemeinderat in Leonding

Seit 2010
Gemeinderat in Leonding

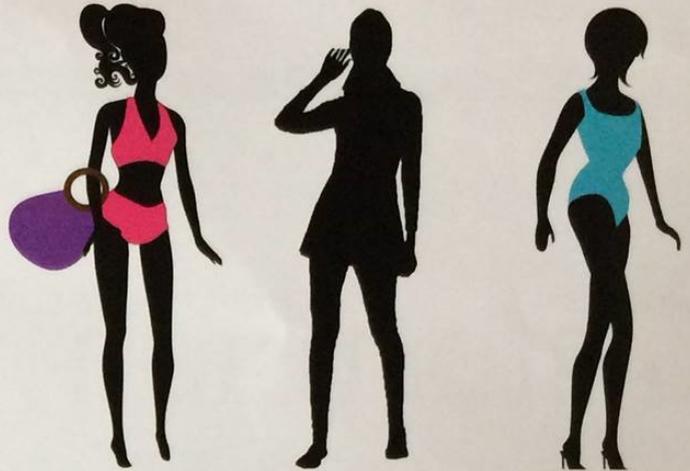
Seit 2015
Fraktionsobmann der FPÖ im Gemeinderat Leonding

Seit 2016
Mitglied der FPÖ Bezirksparteileitung Linz-Land

- Politische Schwerpunkte
- Soziales
 - Sicherheit
 - Bauten

Bade-Sitten, wie sie hier üblich sind!

Schwimmen und planschen im Burkini in öffentlichen Bädern. Ein Aufreger dieses Sommers - auch in Leonding. Was soll das? Wer erlaubt das? Wir wollen das nicht! Die Telefone der FPÖ Mandatäre liefen heiß. Der Unmut vieler über die Ganzkörperverhüllten war unmissverständlich und drang nicht nur zur österreichweiten Medienlandschaft durch, sondern auch ins Leondinger Rathaus. Dort tauchte man eher unelegant ab, indem man im Freibad Zetteln aufhängte, in denen die Bevölkerung um Verständnis gebeten wurde, dass muslimische Frauen auch am gesellschaftlichen Leben in Bädern und an Seen teilnehmen möchten. Aber bitte, gerne! Jedoch in der Badebekleidung, die hierzulande üblich ist.



So kleidet man sich in Bädern hier (links und rechts) und anderswo (Mitte). Der „Burkini“ ist von vielen in unseren Schwimmbecken und Seen nicht erwünscht, weil er ein Frauenbild vermittelt, das in Europa so schon lange nicht mehr verbreitet ist.

Badeordnung ändern!

Ende September stellte die FPÖ im Stadtparlament den Antrag auf „Änderung der Badeordnung für das Freibad der Stadtgemeinde Leonding“.

Die Benützung der Bade- und Schwimmbereiche darf ausschließlich mit Badebekleidung erfolgen, die den ortsüblichen Badebekleidungsstandards (Badehose, Badeshort, Badeanzug, Bikini) und den Hygieneanforderungen entspricht. Badebekleidung mit Reißverschlüssen und Nieten bzw. überlange Badebekleidung oder Ganzkörperbadebekleidung ist nicht gestattet.

SPÖ bereitet Leonding auf Islamisierung vor

Im Jahr 2050 wird der Islam bei den Unter-Zwölfjährigen die größte Glaubensgemeinschaft in Österreich sein. Und unsere Kinder werden uns fragen, „...warum habt ihr da zugeschaut?“ - Nun, die katastrophale Einwanderungspolitik der rot-schwarzen Regierung bereitet Österreich auf den Wandel zum Islamstaat vor.

„Kaftan“ und „Rock und Cape Jibab“ nicht fehlen.

Und, wenn eine türkische Partei das Leondinger Rathaus als Auftrittsfläche haben will, wird sie von der SPÖ willkommenskatschend eingeladen.

Nicht überall nachgeben

Die gesamte Freiheitliche Partei Österreichs - und selbstverständlich auch die Freiheitlichen in unserer Stadt - wehren sich gegen die Mode gewordene Meinung „Der Islam gehört zu Österreich“, wie sie von SPÖ und ÖVP durch ihren neuen Obmann vertreten wird.

Und, weil wir Freiheitliche das so sehen, wehren wir uns auch dagegen, überall bedingungslos nachzugeben. Es ist nicht fair, die Österreicher an allen Ecken und Ende zu zwingen, Integrationsverpflichtungen zu übernehmen. Wir müssen uns im eigenen Land nicht integrieren.

SPÖ-dominierte Kommunen, wie Leonding, spielen da verstärkt mit. Das geschieht ganz gezielt und subtil: Burkinis werden im städtischen Freibad genehmigt, weil diese Ganzkörperbekleidung doch aus High-Tech-Material ist; das sind moderne Skischuhe auch, und trotzdem springt man damit nicht in den Pool. Warum diese Musliminnen so baden gehen wollen? Nicht, weil's so angenehm ist, meist nur deshalb, weil's der „Pa-scha“ daheim so vorschreibt.

Deckmantel „Kunst“

Ahh, wie künstlerisch! Teil von „Leonart“ war die Behübschung von Offi-Wartehäuschen mit Abbildungen von bekleideten kopflosen Figurinen. Da durften natürlich

Das ist schon die Aufgabe jener, die kommen, um bei uns zu leben.



Kunst - ohne islamische Signale nicht einmal mehr bei Wartehäuschen möglich...

Dialog im Dialog mit: NR-Abg. Philipp Schrangl



Dialog: Warum will die FPÖ die Pflichtmitgliedschaft in den Kammern abschaffen.

Schrangl: In der Arbeiter- und in der Wirtschaftskammer hat sich enormer rot-schwarzer Speck angesammelt. 2013 wurden Arbeitern, Angestellten und Unternehmern 390 Millionen Euro abgenommen. Das Geld fließt auch in Betriebspensionen der AK und sorgt so für eine Auffettung der Pension um 1.000 Euro. Das ist nicht fair gegenüber den zwangsverpflichteten Beitragszahlern oder gegenüber den 215.000 Mindestpensionisten, die monatlich von 949 Euro leben müssen.

Dialog: Wie sieht die FPÖ die Wohnsituation in Österreich?

Schrangl: ...sorgenvoll, sehr sorgenvoll! Die Migrationswelle spült die neu Gekommenen in die günstigen Wohngebiete, wo jene Österreicher leben, die es jetzt

schon schwer haben. Brennpunkte entstehen, Parallelgesellschaften bilden sich dort, und für junge österreichische Familien entsteht ein Wohnungsengpass, weil die Familienwohnungen schlicht und einfach unleistbar werden. Fair ist es, die Menschen, die hier arbeiten bei der sozialen Wohnungsvergabe zu bevorzugen.

Dialog: Wie versteht die FPÖ „Sicherheit in Österreich“?

Schrangl: Der islamistische Terror ist in Europa angekommen. Da helfen keine Beileidsbezeugungen bei Anschlägen; die islamistischen Zellen sind gezielt zu bekämpfen. Österreich ist zu schützen! Es ist beschämend, wie 2015 Tausende unkontrolliert ins Land gewunken wurden. Bis heute wissen wir nicht wer sie sind, wo sie sind, und was sie vorhaben. Mehr Polizei ist notwendig und strikte Grenzkontrollen ebenso. Das Sicherheitsgefühl in Österreich ist zu stärken, die Kri-

minalität einzudämmen.

Dialog: Was würde K&K (Kurz und Kern) in Zukunft bringen?

Schrangl: Na, sie streiten da ein wenig vor der Wahl herum, um sich nachher wieder einzuhängen. Wo sind die schwarzen „Entfesselungen“ oder die „Transparenzdatenbank“ geblieben; wo die „zehntausend neuen Wohnungen“ aus den SPÖ-Versprechen – noch nicht einmal angefangen hat man damit.

Nur mit der Stimme für die FPÖ kann eine Neuauflage der rot-schwarzen Koalition verhindert werden. Nur die Freiheitlichen stellen sicher, dass nach der Wahl das passiert, was vor der Wahl versprochen wurde. Die FPÖ ist Garant für Fairness in Österreich, für die Erhaltung unserer Kultur und unseres Lebensraumes nach unseren Regeln!

Mag. Philipp

Schrangl (32)

Notariatskandidat aus Linz
Schule: Aloisianum Linz
Präsenzdienst: 2003 - 2004
Studium: 2004 - 2012,
Diplomstudium der Rechtswissenschaften, Uni Wien
Gerichtspraxis: 2012, BG und LG Linz
Seit 2012: Doktoratsstudium an der JKU Linz

2009-2011 Bundesvertretung der Österr. Hochschülerschaft
2009: BO des Ringes Freiheitlicher Studenten
Seit 2009: Mitglied des Bundesparteivorstandes der FPÖ

Seit 2013: NR-Abgeordneter

Seit 2015: Stv. Bezirksobmann der FPÖ Linz



FPÖ-Gemeinderat Günther Steinkellner: Erfolgsgeschichte setzt sich fort

Die Straßenbahn-Linien 3 und 4 bis zur Trauner Kreuzung und bis zum Schloss Traun sind ein Segen für viele Leondingerinnen und Leondinger, die damit vielfältig und stark in den Öffentlichen Nahverkehr mit eingebunden worden sind. Als Leondinger Gemeinderat freut sich Infrastruktur-Landesrat Günther Steinkellner sehr über diese verkehrspolitisch so wichtige Maßnahme.

„Die Fahrgastzählungen geben Anlass zur Freude, denn insgesamt wurden im Abschnitt Hauptbahnhof Linz - Schloss Traun im ersten Halbjahr rund 3,4 Millionen Menschen befördert. Die bisherige Erweiterung in den Linzer Südwesten ist somit ein eindeutiger Erfolg“, stellt Leondings FPÖ Gemeinderat Günther Steinkellner fest.

Öffis werden gerne genutzt

Seit Februar 2016 fährt die Linie 3 bis zur Trauner Kreuzung und seit September 2016 bis zum Schloss Traun. Die mittelfristigen Planun-

gen prognostizieren einen Fahrgastzuwachs von etwa zwei auf dann rund sechs Millionen Fahrgäste jährlich.

Bereits 2016 nutzten 5,82 Millionen Fahrgäste die Straßenbahnverbindung vom Linzer Hauptbahnhof zum Trauner Schloss, obwohl die Strecke nur einen Teil des Jahres nutzbar war. - Eine Hochrechnung (auf Basis des 1. Quartals) lässt für 2017 gesamt ca. 6,25 Millionen beförderte Personen erwarten.

In Leonding: 9 Bim-Haltestellen

Auch in der Stadtgemeinde Le-

onding zeigt sich, wie erfolgreich der Öffentliche Verkehr mit einem attraktiven Angebot sein kann. Mit neun Straßenbahn-Haltestellen ist Leonding bestens an die Landeshauptstadt Linz und an die Nachbargemeinden Pasching und Traun angebunden.

Prognose: Stark steigend!

Im Jahr 2017 können erstmals ganzheitliche Statistiken erfasst werden, da der Ausbau uneingeschränkt und zur Gänze über eine gesamte Jahresperiode verfügbar sein wird.

6 Millionen Fahrgäste erwartet

„Ich bin davon überzeugt, dass wir die mittelfristigen Prognosen von etwa sechs Millionen Fahrgästen bereits in diesem Jahr überschreiten werden“, betont Steinkellner.

